

▶▶▶ Droht den USA der Zahlungsausfall?



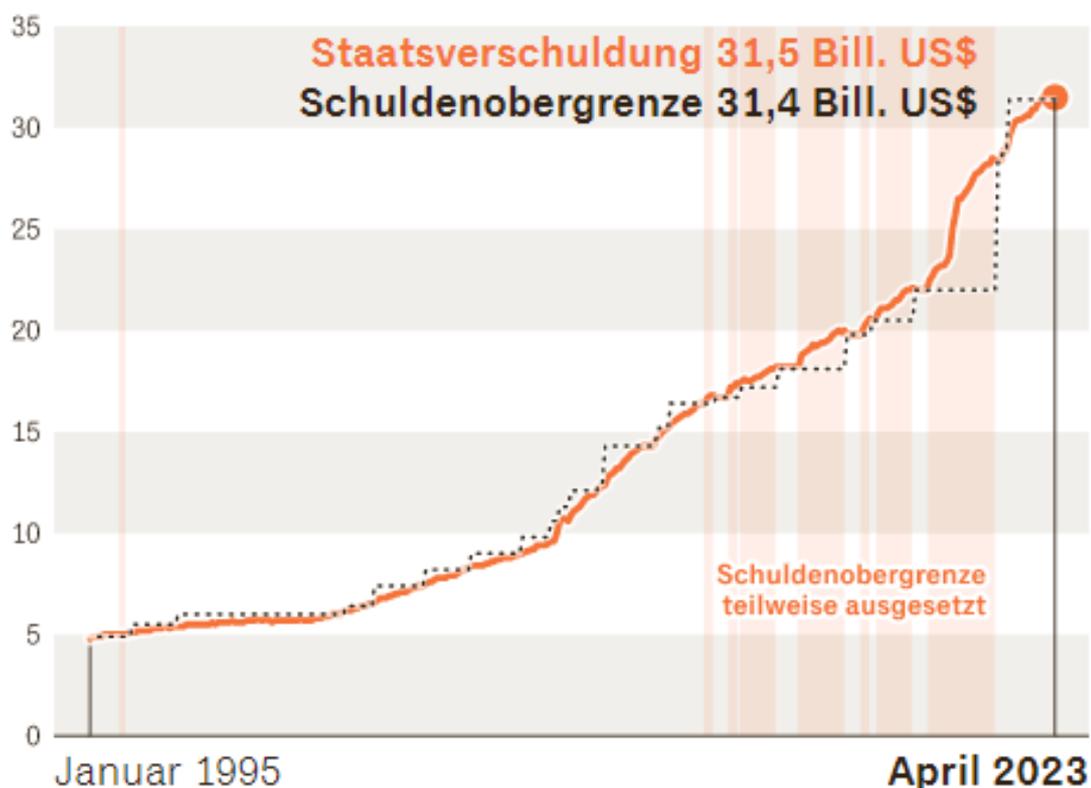
Findet die Regierung der USA nicht in absehbarer Zukunft eine Einigung im Streit um die Anhebung der Schuldenobergrenze, kommt es am 1. Juni zum Zahlungsausfall in den USA. Dem Kongress bleibt nur noch wenig Zeit um die Schuldenobergrenze der USA anzuheben. ÖkonomInnen warnen davor, dass der Streit um das Schuldenlimit bereits jetzt die Wirtschaft belastet.

Seit dem 2. Weltkrieg hat der US-amerikanische Kongress die Schuldenobergrenze der USA 102-Mal erfolgreich angehoben. Im Jahr 2011 wendeten die USA den Staatsbankrott nur 72 Stunden vor dem „Datum X“ ab. Dies hatte den Verlust der höchsten Bonitätsstufe der Ratingagentur S&P zufolge und das Steigen der Kreditkosten für die USA über Jahre. Der Einbruch des Aktienmarktes brachte 2.400 Milliarden USD Verlust an Haushaltsvermögen. Kredite sind heute teurer als damals, der Bankensektor ist ohnehin angegriffen. Das bedeutet

ein größeres Risiko in der aktuellen instabilen Situation, denn 2011 erholte sich die Wirtschaft in einem Aufwärtstrend von der globalen Finanzkrise.

US-Schuldenobergrenze

Staatsverschuldung und Schuldenobergrenze* in Billionen US-Dollar



Quelle: Handelsblatt

Derzeit liegt die Schuldenobergrenze bei 31.400 Milliarden USD. Sie kann nur vom Kongress angehoben werden, was auch regelmäßig notwendig ist, da die US-Regierung mehr ausgibt, als sie einnimmt. Dies sind in diesem Haushaltsjahr fast 1.400 Milliarden USD. In zehn Jahren dürfte das Defizit fast doppelt so groß sein.

Demokraten und Republikaner konnten sich aufgrund verschiedener Interessenlagen bislang nicht auf eine Anhebung einigen. US-Präsident Biden und die Demokraten verfügen über keine eigene Mehrheit und sind daher auf eine Einigung mit den politischen Gegnern

angewiesen. Über Jahrzehnte war die Abstimmung über die Schuldenobergrenze Routine, doch wegen der knappen Mehrheiten wird die Kreditaufnahme als Instrument für politische Zugeständnisse genutzt.

Ist das Finanzministerium nicht mehr in der Lage, zusätzliches Geld zu leihen, geraten die USA mit ausstehenden Krediten in Verzug und somit droht ein Zahlungsausfall. ExpertInnen warnen, dass die US-Wirtschaft in dem Fall acht Millionen Arbeitsplätze verlieren und in eine Rezession rutschen würde. Bereits ein kurzer Zahlungsausfall würde großen Schaden anrichten.¹

Das aktuelle Gezerre zwischen Demokraten und Republikanern um die Schuldenobergrenze ist historisch beispiellos. Präsident Biden wirft den Republikanern vor, zu extreme Positionen zu vertreten. Er sei bereit, wie von den Republikanern gefordert, bei den staatlichen Ausgaben zu kürzen. Man müsse aber auch über die staatlichen Einnahmen, konkret über Steuererhöhungen für Spitzenverdiener, sprechen. Dazu seien die Republikaner jedoch nicht bereit.² Nach zahlreichen Verhandlungsrunden brachte auch das Treffen des US-Präsidenten und dem Spitzen-Republikaner Kevin McCarthy im Weißen Haus Anfang dieser Woche keine Einigung. Somit rückt der Zahlungsausfall immer näher.

US-Finanzministerin Janet Yellen schätzt, dass das „Datum X“, also der Zeitpunkt, an dem ihr Ministerium nicht mehr über genügend Barmittel verfügt, bereits am 1. Juni erreicht sein wird. Die AnalystInnen von Goldman Sachs gehen vom 8. oder 9. Juni aus.

Doch bereits vor diesem Datum müsste die US-Regierung Auszahlungen für Veteranen, Militär sowie für die Sozial- oder Gesundheitsversicherung von Millionen BürgerInnen einfrieren, um die Kasse zu schonen.

Der Ausfall von finanzieller Unterstützung an betroffene Personen wird auch von

¹ Dörner, Astrid. Meiritz, Annett. „Das Zittern vor dem US-Zahlungsausfall – diese konkreten Folgen drohen“. 23.05.2023. Handelsblatt online. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/usa-das-zittern-vor-dem-us-zahlungsausfall-diese-konkreten-folgen-drohen/29164270.html> (23.05.2023)

² <https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-05/usa-zahlungsausfall-schuldenobergrenze-joe-biden-kevin-mccarthy> (23.05.2023)

Kleinunternehmern gefürchtet, die auf das konstante Konsumverhalten ihrer KundInnen angewiesen sind. Kombiniert mit Inflation und Rezessionsängsten könnte dies der US-Wirtschaft einen schweren Schlag versetzen, so das Wirtschaftsinstitut Oxford Economics.³

Sorgen über einen Zahlungsausfall machen sich die InvestorInnen an den globalen Finanzmärkten schon lange. Da es einen Zahlungsausfall noch nie gegeben hat, lassen sich keine genauen Prognosen stellen. AnalystInnen rechnen jedoch mit einem katastrophalen Schlag für die ohnehin schwache Wirtschaft. Die Märkte würden einbrechen und die Wirtschaft in eine Rezession rutschen. US-Staatsanleihen, die lange Zeit als risikofrei galten und an denen das relative Risiko anderer Vermögenswerte gemessen wurden, bergen nun ein Risiko und dies würde einen breiten Domino-Effekt auslösen.

Die Finanzierungskosten für den Staat würden steigen, die Bonität der USA würde herabgestuft werden, ebenso wie Unternehmensanleihen. Damit würden sich die Finanzierungskosten für die Unternehmen verteuern.

Selbst bei einer rechtzeitigen Einigung der US-Regierung könnten die Folgen der Schuldenkrise für Turbulenzen an den Märkten sorgen. AnalystInnen können sich auch die Entwicklung vorstellen, dass das Finanzministerium im großen Stil neue Anleihen ausgeben muss, um die Bargeldreserven wieder aufzufüllen. Das würde wiederum den Finanzmärkten Liquidität entziehen. Dieser Schritt sei vergleichbar mit einer Leitzinserhöhung von 0,25%.

Große Zugeständnisse von Biden an die Republikaner könnten auch mittelfristig Effekte auslösen, z.B. Sparmaßnahmen.

Können sich US-Präsident Biden und der Kongress nicht einigen, gibt es noch die Möglichkeit einer „discharge petition“ (Entlastungsantrag), der die Behandlung eines Gesetzes erzwingt. Biden müsste McCarthy dazu jedoch umgehen.

³ Dörner, Astrid. Meiritz, Annett. „Das Zittern vor dem US-Zahlungsausfall – diese konkreten Folgen drohen“. 23.05.2023. Handelsblatt online. <https://www.handelsblatt.com/politik/international/usa-das-zittern-vor-dem-us-zahlungsausfall-diese-konkreten-folgen-drohen/29164270.html> (23.05.2023)

Die US-Regierung könnte alternativ weiterhin Kredite aufnehmen und argumentieren, dass sie laut US-Verfassung dazu verpflichtet ist, ihre Schulden zu begleichen. Dies würde jedoch sofort Beschwerden vor dem Obersten Gerichtshof nach sich ziehen.

Immer wieder wird auch die kuriose Variante diskutiert, eine Eine-Billion-Dollar-Platinmünze zu prägen, um damit die Rechnungen zu bezahlen. Finanzministerin Yellen schließt diese Möglichkeit jedoch aus. Sie besteht auf eine Lösung bis zu der „harten Deadline“ am 1. Juni.

Ceterum censeo TradeCom Fonds esse emendum!

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Reinhard Wallmann
(Geschäftsführer)



Mag. Margot Steinöcker
(Public Relations)

Risikohinweis!!!

Dies ist eine interne Unterlage und ist nur an einen ausgewählten Personenkreis gerichtet. Sie basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung betrauten Personen und dient der zusätzlichen Information unserer Anleger. Unsere Analysen und Schlussfolgerung sind genereller Natur und berücksichtigen nicht die individuellen Bedürfnisse von Anlegern hinsichtlich Ertrag, steuerlicher Situation oder Risikobereitschaft. Jede Kapitalanlage ist mit Risiken verbunden. Wir übernehmen für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der hier wiedergegebenen Informationen und Daten sowie das Eintreten von Prognosen keine Haftung. Die Unterlage ersetzt keinesfalls eine anleger- und objektgerechte Beratung sowie umfassende Risikoaufklärung. Die steuerliche Behandlung der Fonds ist von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängig und kann künftig Änderungen unterworfen sein.

Die Wertentwicklung der Vergangenheit lässt keine verlässlichen Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung eines Investmentfonds zu. Ausgabe- und Rücknahmespesen der Fonds sowie sonstige externe Spesen und Steuern sind in den Performanceberechnungen nicht berücksichtigt und mindern die Rendite der Veranlagung. Ertragserwartungen stellen bloße Schätzungen zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar und sind kein verlässlicher Indikator für eine tatsächliche künftige Entwicklung.

Die aktuellen Prospekte und das Basisinformationsblatt (= "BIB") sind in deutscher Sprache auf der Homepage www.securitykag.at (Unsere Fonds/Fonstdokumente) sowie am Sitz der Security Kapitalanlage AG, Burgring 16, 8010 Graz als Emittentin und der Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, Hessgasse 1, 1010 Wien, als Depotbank kostenlos erhältlich.

Beratung und Verkauf erfolgen ausschließlich über befugte Wertpapierdienstleister und Banken. Alle Angaben ohne Gewähr.

